



Altkanzler Kohl (am Dienstag vergangener Woche vor der Sondersitzung des Unionspräsidiums in Berlin): „Dies habe ich nicht gewollt“

Patriarch und Pate

Mit hohen Summen aus schwarzen Kassen hat sich Helmut Kohl über Jahrzehnte die Macht in der Union gesichert. Nun erfaßt die Parteispendenaffäre um den mächtigen Altkanzler auch weitere CDU-Größen.

Fünffmal hat er feierlich, die rechte Hand zum Schwur erhoben, das staatstragende Bekenntnis abgelegt. Und Millionen Deutsche hörten mit. „Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.“ Der gläubige Katholik Helmut Kohl bekräftigte die Formel stets: „So wahr mir Gott helfe.“

Gut ein Jahr nach Ende seiner letzten Amtszeit gestand derselbe Mann: „Eine von den üblichen Konten der Bundesschatzmeisterei praktizierte getrennte Kontenführung erschien mir vertretbar.“ Und dann: „Ich bedauere, wenn die Folge möglicherweise Verstöße gegen Bestimmungen des Parteiengesetzes gewesen sein sollten. Dies habe ich nicht gewollt.“

Mit seiner rührseligen Entschuldigung am vergangenen Dienstag im CDU-Hauptquartier in Berlin erweckte der Altkanzler den Eindruck, als habe ein tüdeliger älte-

rer Herr nur ein paar Kontoauszüge durcheinander gebracht. Es klang ein wenig nach Erich Mielke, der vor der Volkskammer mit seinem gestammelten „Ich liebe, ich liebe doch alle ...“ um Mitleid barmte.

Die vielleicht größte Parteispendenaffäre der Nation nur ein Versehen, eine Art Kavaliersdelikt? Keinem geschadet, alles nicht gewollt? Doch die absurde Hoffnung, die beliebteste Ausrede aller Stasi-Helfer könne auch hier wirken, hielt nur kurz.

Als habe es den Fall Flick nie gegeben, hat Helmut Kohl, 16 Jahre lang Bundes-



FOTOS: DPA

kanzler und ein Vierteljahrhundert Chef der CDU, offenbar vorsätzlich und immer wieder gegen Recht, Gesetz und Verfassung verstoßen, den Amtseid gebrochen.

Im sicheren Gefühl der Unangreifbarkeit hat der majestätische Herrscher Kohl nicht nur sein eigenes Lebenswerk relativiert, sondern auch seine Partei an den Rand des politischen wie finanziellen Ruins getrieben (siehe Seite 26).

Vorbei der stete Aufwind, an den sich die CDU nach acht gewonnenen Wahlen gewöhnt hatte. Nun wenden sich die Umfragen, Gerhard Schröder tritt aus dem Schatten des Überkanzlers. Die rot-grüne Regierung, vor Monatsfrist noch abgeschrieben, zittert nicht mehr dem SPD-Parteitag in dieser Woche entgegen, die Angst vor den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen weicht plötzlich der Hoffnung auf eine Chance 2000. Kohl hat Schröder saniert.

Noch sind die Folgen der Affäre nicht abzuschätzen. Doch schon jetzt steht fest, dass Kohls schwarzer Dienstag von historischer Bedeutung war. Nun ist Wirklichkeit, was trotz Schröders eindrucksvollem Sieg am 27. September 1998 niemand zu denken wagte: Die Ära Kohl ist endgültig vorbei und mit ihr die Bonner Republik, in der Demokratie offenbar gelegentlich mehr gespielt als gelebt wurde.

Immer neue Fakten belegen, wie listig und jenseits der Gesetze das System Kohl über Jahrzehnte arbeitete. Im Schattenreich des ewigen Kanzlers lief es offenbar wie geschmiert. Allein 1986/87 flossen auf Geheiß Kohls innerhalb eines Jahres rund 2,75 Millionen Mark aus der schwarzen Kasse ab: je eine halbe Million für die Landesverbände Hamburg, Saarland und Niedersachsen, die CDA-Sozialpolitiker bekamen 250 000 Mark für neues Mobiliar im Schulungsheim Königswinter.

Sicher ist, dass Kohl viele seiner Extras aus dem ominösen Topf finanzierte: Die Kanzler-Illustrierte zu Silvester 1986 war ihm eine Million Mark Schwarzgeld wert. Mal bezahlte er so 700 000 Mark Porto für Briefe an die Parteimitglieder, mal beglich er so die Hubschrauberflüge zur Weihnachtssause mit seinen liebsten Mitarbeitern.

Was auf Kohls Konten, parteiintern schon „KoKo-

Kanzler Schröder (in Paris)
Ära Kohl beendet



Generalsekretär Geißler, Kiep (1982)
„Eine neue Dimension“

System“ getauft, inzwischen alles denkbar ist, zeigen Überlegungen der Fahnder in Augsburg und Frankfurt. Bei Aktionen gegen mutmaßliche Steuerflüchtlinge und ihre Helfer in deutschen Banken waren die Ermittler 1997 auch auf eine Stiftung von Wolfgang Rölller gestoßen, damals Aufsichtsratschef der Dresdner Bank.

Das Vermögen der Liechtensteiner Stiftung namens „Gallumena“ betrug Ende 1993 rund 3,4 Millionen Schweizer Franken. Er verwaltete das Vermögen treuhänderisch für Dritte, behauptete Kohl-Freund

Immer neue Fakten belegen, wie weit ab der Gesetze das System Kohl arbeitete

Rölller damals. Der Verdacht, es sei CDU-Geld, ließ sich nicht erhärten.

Die Fantasie der Fahnder wurde durch Reisekostenabrechnungen des CDU-Steuerberaters Horst Weyrauch in Sachen Schweiz neu angeregt. Gemeinsam prüfen sie derzeit die beschlagnahmten Akten nach Hinweisen auf Liechtenstein.

Noch klingt es unglaublich: Helmut Kohl eine Politik-Variante von Tennisvater Peter Graf, der einst die Antrittsgelder für seine Tochter Steffi im Plastikbeutel am Fiskus vorbei ins Ausland schleppte und dafür zwei Jahre hinter Gitter kam? Der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland und seine einstige Regierungspartei am Ende ganz gewöhnliche Steuerflüchtlinge?

Ob und welche strafrechtlichen Konsequenzen ernsthaft zu diskutieren sein werden, wird wohl erst die Detailprüfung des Systems ergeben. Staatsanwalt Jörg von Essen, Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion, glaubt nach Rücksprache mit Experten jedenfalls: „Für alle Vorstandsmitglieder, die wussten, dass die Rechenschaftsberichte unvollständig



Kuckucksei im Schoß der Nato

RUDOLF AUGSTEIN

Wohin es führt, wenn der grüne Außenminister Joschka Fischer sich mit einem quasi symbolischen Beitrag an dem Krieg in Osttimor beteiligt, wird sich demnächst wieder, wie üblich ohne irgendeine öffentliche Diskussion, entscheiden. Übermütig geworden durch den Erfolg der Einführung des Euro und die knirschend funktionierende Wirtschaftsunion, sieht sich Berlin vor die Wahl zwischen Pest und Cholera gestellt.

Die Europäer, angeführt von Tony Blair und Jacques Chirac, verfolgen einen aberwitzigen Plan: Die Europäische Union soll eine mit modernsten Mitteln ausgerüstete Armee bekommen, die auch ohne das Einverständnis der Nato in den fernsten Krisengebieten eingreifen könnte. Erstes Opfer wäre die Währungsunion (Großbritannien ist ihr noch nicht einmal beigetreten) samt Euro, die ein Rüstungswettlauf der europäischen Teilnehmer in die Luft sprengen müsste.

Der allgemein verordnete Sparzwang würde einer einmaligen Rüstungsanstrengung weichen müssen, deren Kosten noch keineswegs errechenbar sind, in jedem Fall aber immens sein würden. Bekanntlich ist Javier Solana, seit sieben Wochen als Hoher Repräsentant zuständig für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Union, ein aktiver Betreiber dieses bodenlosen Unterfangens. Er sinniert bereits, ob sich eine EU-Armee in der Stärke von 150 000 Mann einem Einsatz in Osttimor oder einem Brennpunkt in Afrika entziehen könne. Osttimor liegt recht nahe, denn da sind Joschkas Soldaten ja schon tätig.

Man stelle sich die enorme Zahlungsbereitschaft der Spanier, die nicht einmal ihr Baskenland in den Griff kriegen können, für ein solches

Abenteuer vor. Dabei hat Solana durchaus eigene Erfahrungen, er war nämlich von 1995 bis Oktober 1999 Generalsekretär der Nato, die von den Amerikanern dominiert wird. Und auf einen Konkurrenzkampf gegen die USA würde das Unternehmen hinauslaufen.

Die Amerikaner haben bereits in aller Deutlichkeit klargemacht, dass sie im Schoß der Nato kein Kuckucksei

führen – unbeschadet irgendwelcher Aktionen der Nato“. Mitentworfen hat dieses Sprengstoffpapier der grüne Außenminister Joschka Fischer.

Hier geht es nicht um die Olympischen Spiele, sondern um die Zertrümmerung aller bisher in Europa erreichten Errungenschaften. Die Regierung Schröder tut so, als wolle sie der Empfehlung der Zeitung „Handelsblatt“ folgen: „Wenn die Europäer die Währungsunion nicht ohne Not riskieren wollen, dann erscheint es ratsam, die Fortentwicklung der Sicherheitsidentität nur langsam voranzutreiben.“

Dies scheint die Regierung Schröder/Fischer auch anzustreben, zumindest bis zu den nächsten Bundestagswahlen. Eine eindeutige Erklärung wird man von ihr wohl nicht erwarten dürfen.

Zwar schätzt Nato-Generalsekretär George Robertson, Nachfolger Solanas, die gesamten europäischen Aufwendungen auf 60 Prozent des Pentagon-

Etats. Mit diesen Mitteln könnten die Europäer allenfalls 10 Prozent der amerikanischen Schlagkraft erzielen. Man müsse das Geld nur klüger einsetzen. Wenn es aber einen Etatposten gibt, wo das Geld verschwenderisch und sehr unklug eingesetzt wird, dann ist das der gesamte Rüstungskomplex.

So aufdringlich die Vereinigten Staaten als einzige verbliebene Weltmacht überall auftreten: Die Nato zu unterlaufen, das dürfen wir, wie zu Zeiten des Kalten Krieges unter Stalin und Chruschtschow, nicht einmal erwägen. Solch eine Situation ist schon einmal vor fast 50 Jahren von dem britischen Cartoonisten David Low aufgespießt worden, angesichts der amerikanischen Kriegstänze in Fernost: „What a headache to be with America! But without them – oh Lord!“



Low-Karikatur im SPIEGEL (4/1951)

DAILY HERALD

ausbrüten wollen, dem dann eine von ihnen unabhängige nennenswerte Streitmacht entschlüpfen würde. Sicher ist, dass die Amerikaner sich zunehmend von solch einem Europa lösen würden. Theoretisch könnten die USA eine bisher vertraglich verbotene landesweite Raketenabwehr aufbauen. Dieser Schritt würde sie von allen anderen Bundesgenossen abkoppeln.

Die Bundesregierung sieht das Dilemma. In der Beschlussvorlage zum EU-Gipfel dieser Woche in Helsinki heißt es unmissverständlich: Die EU soll „die autonome Fähigkeit erhalten, selber darüber zu entscheiden, EU-geführte Militäroperationen als Antwort auf internationale Krisen und zur Unterstützung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Union in die Wege zu leiten und dann auch auszu-

Die Helfer Sie trugen das System Kohl

Eduard Ackermann

Das Ohr

Hielt Kontakt zu den Medien und unterrichtete Kohl täglich in der Morgenlage über die Themen des Tages. Erstattet noch heute regelmäßig Bericht.

Wolfgang Schäuble

Der Erbe

Kanzleramtsminister, Innenminister, Fraktionschef, galt lange Zeit als einer der engsten Vertrauten Kohls, kühler Stratege, wirkte als Gegenpart zum Bauchmenschen Kohl. In den letzten Jahren litt die Männerfreundschaft, weil Schäuble Kohls Kurs für falsch hielt.

Rudolf Seiters

Der Wasserträger

Dienstbarer Geist in Fraktion, Kabinett und Partei, stets auf Korrektheit bedacht. Trat als Innenminister zurück wegen der Affäre um den in Bad Kleinen gestorbenen mutmasslichen Terroristen Wolfgang Grams.

Horst Weyrauch

Der Treuhänder

In seiner Obhut lag das verzweigte Netz der Sonderkonten, über die Kohl verfügen konnte. Die SPD will, dass er von seiner Schweigepflicht entbunden wird und im Untersuchungsausschuss aussagt.

Juliane Weber

Die Getreue

Weit mehr als nur ein Vorzimmerdrachen. Wehrte unliebsame Besucher ab. War aber auch im Auftrag ihres Chefs in Gelddingen unterwegs, z. B. zum Flick-Konzern. Teilte mit Kohl Freud und Leid des Alltags.

Hans Terlinden

Der Bürokrat

Arbeitete als Hauptabteilungsleiter der Bundesgeschäftsstelle angeblich eng mit dem Büro Weyrauch und Kapp zusammen. Soll alles über die Konten wissen, die Kohl an der Partei vorbeilaufen ließ.

Friedrich Bohl

Der Hausmeister

Kein Kanzleramtsminister vor und nach ihm galt als so gut informiert. Hielt sich stets diskret im Hintergrund. Wusste vieles, verriet nichts.

Anton Pfeifer

Die Graue Eminenz

Freund Kohls aus alten Zeiten, hielt den Kontakt zur Bundestagsfraktion und zu den Ländern. Eigentlich Kohls Kultur-Beauftragter.

Uwe Lühje

Der Beschaffer

Langjähriger Helfer von Schatzmeister Walther Leisler Kiep. Schirmte das System Kohl gegen unliebsame Einblicke ab.

Michael Roik

Das Faktotum

Der Büroleiter schrieb immer mit, wenn in Abwesenheit des Chefs etwas besprochen wurde. Gilt noch heute als Kohls Spion.

Walther Leisler Kiep

Der Sündenbock

Nutzte seine guten Kontakte zur Finanzwelt zum Spendensammeln, hielt im Parteispendenprozess für die CDU den Kopf hin.

von Sachsen, Heiner Geißler, heute wegen seiner Forderung nach Abnabelung von Kohl der Buhmann, und Volker Rühle, der jedes Mitwissen dementiert.

Mit zunehmender Panik reagiert die Parteispitze auf immer neue Enthüllungen. Der sturmerprobte Parteichef Wolfgang Schäuble, über den von Brauchitsch sagt, er sei von Kohl schon während der Flick-Affäre in heikle Finanzaktionen eingeweiht worden, und die fassunglose Generalsekretärin Angela Merkel, die sich trotz achtjähriger Erfahrung mit KoKo eine solche Affäre nicht vorstellen konnte, leiden geradezu körperlich. Kohl dagegen gibt sich mal gewohnt aggressiv, mal verkriecht er sich wie ein waidwunder Fuchs im Bau, verlässt den ganzen Tag sein Büro nicht (siehe Seite 28).

Die Unionisten debattieren vor allem die möglichen finanziellen Folgen von Kohls Patriarchat. Im allerschlimmsten Fall, errechneten Experten, müsste die CDU 464,7 Millionen Mark zurückzahlen.

Für Schäuble sind derlei Überlegungen „ziemlich wüste Spekulationen“. Bei einer hohen Rückzahlungsverpflichtung werde man

sind, ist der Tatbestand der Untreue gegeben.“

Die Frage, ob wirklich nur der Parteipatriarch Kohl die Christdemokraten in diese schwierige Situation brachte, wie es der neue CDU-Chef Wolfgang Schäuble verzweifelt glauben machen will, scheint schon mit einem „Nein“ beantwortet. Die Zahl der potenziellen Mitwisser des Systems Kohl steigt fast täglich. Eberhard von Brauchitsch, Hauptakteur der Flick-Affäre, will eine „neue Dimension“ ausgemacht haben: Kohl habe „Generalsekretäre gehabt, die exakt wussten, dass Geld an der offiziellen Kasse vorbeigegangen ist“.

Karlheinz Schreiber, der mit seiner Million im Koffer die Staatsaffäre auslöste, kann sich plötzlich an Treffen mit hohen CDU-Politikern wie Kohl, Schäuble und Schleswig-Holsteins Spitzenkandidat Volker Rühle erinnern. CSU-Chef Edmund Stoiber soll ebenfalls über Schreibers Geschäfte informiert gewesen sein.

Und auch Ex-Schatzmeister Walther Leisler Kiep, fast 20 Jahre Mitwisser im

System Kohl, hat nach Angaben aus Justizkreisen bei seiner Vernehmung Mitte November durch die Staatsanwaltschaft Augsburg eine Zeitbombe gezündet. Seines Wissens, hat Kiep den Fahndern erklärt, hätten auch die jeweiligen Generalsekretäre über alle von Weyrauch geführten CDU-Treuhandkonten Bescheid gewusst. Das waren während Kieps Kassiererzeit Kurt Biedenkopf, heute Ministerpräsident

„ungewöhnliche Sparmaßnahmen ergreifen müssen“. „Die Partei“, sagt Schäuble betont überzeugt, „wird weiter existieren.“

Bei der bayerischen Schwesterpartei dagegen wird bereits diskutiert, ob die CDU womöglich den Weg der Democrazia Cristiana gehe. Die italienischen Christdemokraten verschwanden 1993 in Folge von Korruption und Vetternwirtschaft. Offiziell verkündet CSU-Generalsekretär Thomas

CDU-Generalsekretärin Merkel
Zunehmende Panik



„Ganz mulmig zu Mute“

Die Folgen von Kohls Finanztricks könnten die CDU in den Ruin treiben. Der Partei drohen Rückforderungen in dreistelliger Millionenhöhe.



Ex-Schatzmeisterin Baumeister, CDU-Treuhänder Weyrauch: Den Laden zumachen?

Das Schreiben, das der Präsident des Deutschen Bundestages Anfang dieser Woche aus Bayern erhält, wird anders ausfallen als gewünscht. Statt Details über Treuhandkonten, schwarze Kassen und verschleierte Einnahmen der CDU bekommt Wolfgang Thierse (SPD), 56, lediglich eine Notiz vom Chef der Augsburger Staatsanwaltschaft, Reinhard Nemetz, 48. Darin lässt dieser den Parlamentspräsidenten wissen, die Ermittlungen seiner Behörde gegen den ehemaligen CDU-Schatzmeister Walther Leisler Kiep, 73, dauerten an. Ergebnisse lägen bislang keine vor.

Was die Ankläger finden, kann entscheidend sein für die weitere Existenz der Volkspartei CDU. Denn die Akten, die Staatsanwälte am 11. November in der Frankfurter Kanzlei des Steuerberaters Horst Weyrauch, 67, einem Vertrauten von Altkanzler Helmut Kohl, 69, beschlagnahmt haben, geben Aufschluss über die dubiosen finanziellen Machenschaften des Parteipatriarchen. Hat die CDU jahrelang falsche Rechenschaftsberichte abgegeben, dann droht ihr der wirtschaftliche – und politische – Ruin.

„Am besten, wir machen unseren Laden sofort zu und gründen eine neue Partei“, klagte vergangene Woche ein CDU-Oberer, der sich lange mit der Rechtslage in Sachen Parteienfinanzen befasst hat. Ihm werde „ganz mulmig zu Mute, wenn ich daran denke, was auf uns zukommen kann“. Schlimmstenfalls muss die CDU mit Rückforderungen des Bundestages in dreistelliger Millionenhöhe rechnen. So sehen es das Parteien- und das Verwaltungsverfahrensgesetz vor.

Relativ einfach liegt der Fall bei der Millionenspende, die der Lobbyist Karlheinz Schreiber, 65, im Beisein Kieps 1991 in der Schweiz in einem Koffer Weyrauch überreicht hat. Handelt es sich um eine im Rechenschaftsbericht 1991 nicht ausgewiesene Spende an die CDU – und dafür spricht derzeit viel –, verliert die Partei das Doppelte, also zwei Millionen, bei der staatlichen Parteienfinanzierung.

Ob des unkorrekten Rechenschaftsberichts könnte der Bundestag zudem mög-

licherweise alle staatlichen Mittel zurückfordern, die der CDU im Vertrauen auf die Richtigkeit des Berichts von 1991 gezahlt wurden: Allein auf Bundesebene wären das 47,1 Millionen Mark. Dies ergibt sich aus dem Verwaltungsverfahrensgesetz.

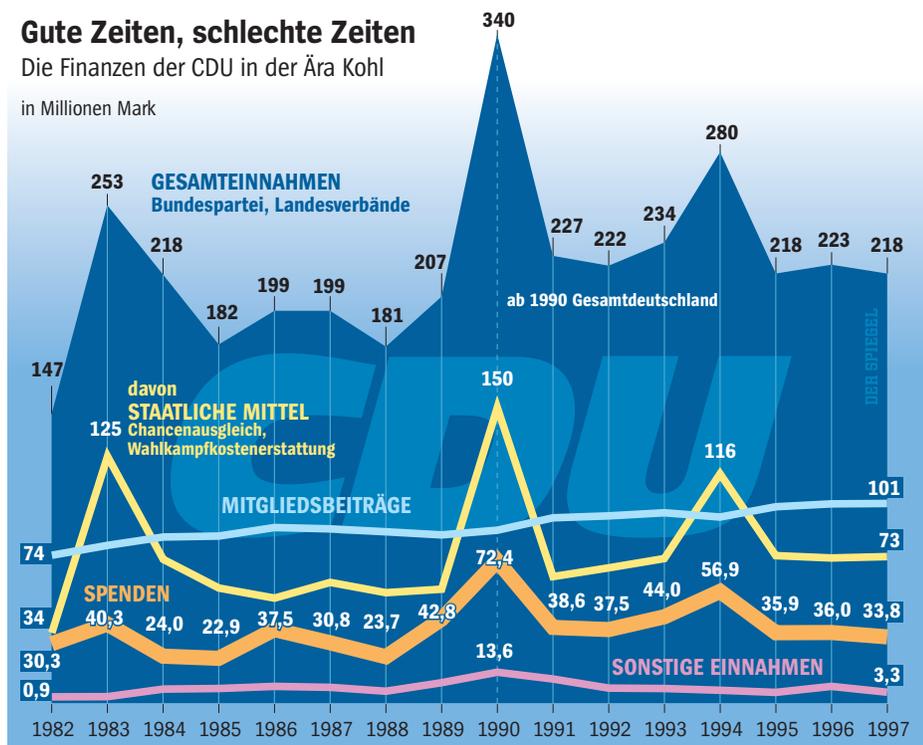
Dort ist in Paragraph 48 geregelt, dass ein Verwaltungsakt – in diesem Fall der Auszahlungsbescheid der Bundestagsverwaltung – dann zurückgenommen werden kann, wenn er „durch arglistige Täuschung, Drohung oder Bestechung“ oder durch Angaben erwirkt wurde, „die in wesentlicher Beziehung unrichtig oder unvollständig waren“. Allerdings handelt es sich dabei um eine Ermessensentscheidung; der Parlamentspräsident ist zur Rückforderung nicht gesetzlich gezwungen.

Nach Ansicht des Verwaltungsrechtlers Hans Herbert von Arnim dürfte es allerdings „schwer sein, gute Gründe zu finden, um auf die Rückforderung der zu Unrecht gezahlten Mittel gänzlich zu verzichten, weil die Bundestagsverwaltung vermutlich vorsätzlich und über Jahre getäuscht worden ist“. Sollte Thierse die besagten 47,1 Millionen Mark dennoch nicht einfordern, würde der Fall wohl vor

Gute Zeiten, schlechte Zeiten

Die Finanzen der CDU in der Ära Kohl

in Millionen Mark



Gericht landen. Denn andere Parteien könnten klagen.

Schon als die damalige Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth (CDU) gegen den Rat ihres zuständigen Referatsleiters darauf verzichtete, von der FDP wegen eines Formfehlers der Partei 12,4 Millionen Mark Zuschüsse für 1996 zurückzufordern, zogen die Grauen Panther vor Gericht. In erster und zweiter Instanz bekam die Seniorenpartei Recht. Da die Liberalen und der Bundestag Revision eingelegt haben, muss nun das Bundesverwaltungsgericht entscheiden.

Tatsächlich steht für die CDU aber noch viel mehr auf dem Spiel als die 47,1 Millionen Mark. Schlimmstenfalls geht es um alle staatlichen Gelder, welche die Partei seit der Übernahme des Vorsizes durch Kohl 1973 erhalten hat. Ansprüche auf Rückzahlung verjähren nämlich erst nach 30 Jahren.

Dieses Szenario könnte eintreten, sollten alle veröffentlichten Rechenschaftsberichte der Partei in der Ära Kohl unkorrekt gewesen sein. Ob das so ist, vermag derzeit niemand in der CDU-Führung zu sagen. Denn die schwarzen Kassen müssen nicht zwangsläufig zu falschen Berichten führen. Denkbar wäre auch, dass alle Transfers, die über die Treuhandkonten liefen, am Ende doch im Rechenschaftsbericht auftauchten, auch wenn sie in undurchsichtigen Titeln wie „Sonstige Einnahmen“ oder „Zuschüsse an Gliederungen“ verpackt worden sind.

Die für die CDU kritischen Jahre dürften von 1991 bis 1996 reichen. 1991 kam die Schreiber-Spende, und bis 1992 zurück muss die Partei ihre Belege aufgehoben haben. Für 1997 hat die Union noch bis Silvester die Chance, ihren Rechenschaftsbericht zu korrigieren.

Wären die Rechenschaftsberichte dieser Jahre in wesentlichen Punkten falsch, könnte Thierse maximal 464,7 Millionen Mark zurückfordern. So viel hat die CDU von 1991 bis 1996 an staatlichen Zuschüssen erhalten. Die Partei, die Ende 1997 ein Reinvermögen von 178,2 Millionen Mark auswies, müsste Konkurs anmelden.

Dass es so weit kommt, kann sich allerdings niemand so recht vorstellen. Arnim hält es nicht für ausgeschlossen, dass „eine Samthandschuh-Politik“ betrieben wird, „weil auch die anderen Parteien Leichen im Keller haben könnten“.

Auch Thierse beteuert, niemand wolle die CDU „finanziell kaputt machen“.

Vergangenen Mittwoch, einen Tag nach der öffentlichen Kohl-Beichte, erhielt die Bundes-CDU turnusgemäß 17,7 Millionen Mark von Thierses Verwaltung – als Schlusszahlung von insgesamt 63,3 Millionen staatlicher Mittel für 1999.

Goppel immer noch, es sei „zu früh, um über das Ende der CDU zu spekulieren“. Er räumt aber ein: „Die politische Parteienlandschaft kann sich immer ändern.“

Der Fall Kohl hat schlagartig die letzten Reste von Vertrauen bei Millionen Wählern zerstört. Ausgerechnet der Erfinder der „geistig-moralischen Wende“ gehört auch zu jener Riege von Mächtigen, die das Einhalten von Regeln und Gesetzen nur zelebrieren, solange jemand zuschaut. War „unser Vaterland“ (Kohl) 16 Jahre lang nur eine christlich getarnte Bananenrepublik und ein Oggersheimer ihr Pate?

Täuschen sich ehemalige Mitarbeiter des Bonner Konrad-Adenauer-Hauses in ihrer Erinnerung nicht und sind gewisse Unterlagen in ihrem Besitz nicht falsch – dann gründete sich die Machtmaschine des schwarzen Kanzlers auch auf Stimmenkauf: Denn Kohls Mehrheiten auf den CDU-Parteitag wurden ganz wesentlich mit Hilfe von Weyrauchs Anderkonten abgesichert.

Immer wieder ereigneten sich vor den Augen ranghoher CDU-Funktionäre in der Bundesgeschäftsstelle kleine Wunder. Wenn die Landesverbände die Entwürfe ihrer Haushaltspläne bei der Bundespartei einreichten, klafften häufig hässliche Löcher zwischen Einnahmen und Ausgaben. Ehe die endgültigen Etats präsentiert wurden, hatte es oft Vier-Augen-Gespräche zwischen dem Chef und den Landesvorsitzenden gegeben. Und plötzlich waren die Löcher weg.

„Wir wussten nur“, so einer der Spitzenleute der Geschäftsstelle, „dass Kohl irgendwelche Quellen hatte, aus denen er immer wieder Gelder hervorzauberte.“ Die Empfänger ahnten es zumindest auch.

Was keiner so genau wissen wollte, wird nun überall in der Republik bekannt. Viele hingen am Tropf des Übervaters. Von welchem Konto das Geld geflossen war, erklären Profiteure wie der Bremer Vorsitzende Bernd Neumann schmallippig, das habe „nicht interessiert“.

In den Rechenschaftsberichten der Bundespartei seien die Zahlungen unter „Zuschüsse an Gliederungen“, bei den Landesverbänden unauffällig als Einnahmen verbucht worden. Nicht Rechtsverstöße seien das Problem gewesen, so ein führender CDU-Mann, „aber die innerparteiliche Demokratie“ habe unter diesem Vorsitzenden Schaden genommen.



CDU-Chef Schäuble: „Die Partei wird weiter existieren“

Bundesweit gestreuter „Bimbos“, so nennt Kohl Geld, war für den Kanzler, der sich stets gebrüstet hatte, die Partei bis hinab in die Kreis- und Ortsverbände zu kennen wie kein Zweiter, eine langfristige Investition. „Ein virtuos System zur Macht-sicherung“, erinnert sich ein ehemaliger CDU-Präside: „Kohl verteilte Geld gegen Informationen.“ So hatten interne Gegner wie Ernst Albrecht niemals eine Chance. Auch der Putschversuch von Geißler und Lothar Späth 1989 war deshalb zum Scheitern verurteilt.

Kohl, glauben vor allem die jüngeren Abgeordneten, habe „der Partei ein Danaergeschenk gemacht“. Mit seiner „Ich-wollte-doch-nur-meiner-Partei-dienen-Nummer“ mache sich der Altkanzler zum Märtyrer und beende zugleich den Klärungsprozess. Schon bald werde sich der Druck wieder auf die Partei verlagern.

Längst ist fraglich, ob Schäuble seine Balance zwischen Distanz und Nähe zu Kohl durchstehen kann. Intern spricht er voller Zorn über seinen Vorgänger, dessen Erb-lasten und verlangt: „Der ganze Stall gehört ausgemistet“ – um dann einzuräumen, die Sache sei nur mit und nicht gegen Kohl unter Kontrolle zu halten. Der Not gehorchend, warnte er die Fraktion: „Unsere Mitglieder würden uns verfluchen, wenn wir uns jetzt von Helmut Kohl ab-

„Hat der heute Ausgang?“

Marzipan in Lübeck, Talkshow in Dresden: Nur im Bundestag lässt Kohl sich nicht blicken.

Montag: Früh sitzt der Altkanzler in seinem Fraktionsbüro Unter den Linden gegenüber vom Hotel Adlon. Er feilt an einer Vier-Punkte-Erklärung für das CDU-Präsidium. Um 12.50 Uhr kommt Parteichef Wolfgang Schäuble. Das Gespräch dauert 50 Minuten. Auf Ledersesseln vor dem Büro warten Journalisten. Um 15 Uhr dringt Kohl aus der Tür und nimmt sich einen vor: „Sie haben kein Recht, hier zu sitzen.

Petit Four lehnt er ab, den Marzipanaal packt er ein. Ältere Damen klatschen, Kinder holen sich Autogramme. Auf dem Weihnachtsmarkt ruft eine Waffelbäckerin: „Mein Bester! Wann geht der andere und Sie kommen wieder?“

19 Uhr, Lübecker Kongresshalle: Trommelwirbel, eine Band spielt „O when the Saints“, 1600 Besucher klatschen im Takt: „Helmut, Helmut!“ Kohl ist verzückt. Alles wie früher. Fast.

Erstmals bekennt er vor Publikum Fehler. „Dazu stehe ich.“

Mittwoch: Kohl arbeitet den ganzen Tag in seinem Berliner Büro. Den Reichstag meidet er, wohl auf Schäubles Wunsch. Der Parteichef fürchtet Eskalationen. Aufgekratzt erscheint Kohl abends zur CDU-Weihnachtsfeier im Hotel Schweizerhof. Scherzend geht er von Tisch zu Tisch: „Ihr Heuchler wart doch alle froh, wenn ich Euch geholfen habe.“ Alle lachen, manche herzlich, manche ängstlich. Pippo Balistreri wartet vergeblich auf seinen stets hungrigen Gast. Der Chef von Kohls Lieblingsrestaurant „La Cascina“ in Wilmersdorf sagt: „Das letzte Mal war er vor einer Woche hier.“

Donnerstag: Der Bundestag beschließt die Einsetzung des Untersuchungsausschusses „Parteispenden und Waffenhandel“. Der Sitz des künftigen Hauptzeugen bleibt frei. Während Schäubles Rede rufen die SPD-Parlamentarier: „Wo ist Kohl?“ Der verlässt erst um 18 Uhr sein Büro und fährt in seine Altbauwohnung in Wilmersdorf. Auf dem Weg stoppt er bei „Butter Lindner“, Fachgeschäft für Kalorienreiches. Für 44 Mark kauft er Brot, Kaisersülze, Salami und Mondseer Käse. Ein Passant wundert sich: „Hat der heute Ausgang?“

Freitag: In der MDR-Talkshow „Riverboat“ drohen Kohl keine fiesen Fragen. Intendant Udo Reiter begrüßt ihn mit „Herr Bundeskanzler“. Kohl grient und verlangt nach Kaffee. In der Sendung doziert er: „Manches im Leben ist eine Ermessensentscheidung.“ Er meint Europa. „Ich will nach Hause“, sagt er hinter den Kulissen. Dann geht es ab nach Oggersheim. CHRISTOPH SCHULT

wenden.“ Der Angesprochene spürte die Reste der alten Macht sehr wohl. Teilnehmer der Präsidiumssitzung empfanden den Patriarchen wie „einen, der weiß, dass er rechtlich was falsch gemacht hat, moralisch aber nicht“.

Schließlich ist auch für seine Feinde undenkbar, dass Kohl selbst von Barem profitierte. Und daraus leitet der schwarze Riese sein mangelndes Schuldbewusstsein ab. Geld war zwar das Machtmittel schlechthin, aber es diente immer dem Machterhalt der CDU und damit, so sah es Kohl, dem Wohle Deutschlands.

Also empört er sich, wann immer es geht, über den nicht erhobenen Vorwurf, ein gewöhnlicher Raffke zu sein. Den zweiten Teil der Wahrheit verschweigt er allerdings gern: Einen Kohl kann man wohl nicht kaufen. Aber Kohl kauft selbst.

Kein Parteichef akquirierte so ungeniert Spenden wie er, keiner konnte mit Geld so zynisch demütigen, motivieren und regieren. Er ließ über das CDU-Unternehmen „Dico-Soft“ vor dem Bremer Parteitag 1989 diejenigen Kreis- und Landesverbände mit Computern ausstatten, auf deren Hilfe die Rebellen bauten. Die Firma geriet in Not, aber Kohl gewann die Schlacht.

Auch Abfindungen, die in ihrer Höhe den Charakter von Schweigegeldern erhielten, wurden offenbar vom KoKo-System bezahlt. Die in Ungnade gefallenen Mitarbeiter Geißlers erhielten zusammen eine halbe Million Mark, der geschasste Generalsekretär selbst soll, so wird in der CDU-Schatzmeisterei kolportiert, die gleiche Summe erhalten haben. Es sei deutlich weniger gewesen, sagt dagegen der ehemalige General.

Schon Mitte der sechziger Jahre – da war er noch Vorsitzender der Landtagsfraktion in Mainz – taucht Kohls Name in Verbindung mit Gönnern auf, die der CDU über illegale Umwege Spenden zukommen ließen. Unter seiner Regentschaft gedieh das wirtschaftlich schwache Rheinland-Pfalz zur Steueroase für Parteispender.

Nirgendwo sonst wuschen gemeinnützige Tarnorganisationen Zuwendungen so ungestört von lästigen Finanzbeamten zu quittungsgerechten Spenden. Als Kohl in einem Untersuchungsausschuss zur Praxis im Land der Rüben und Reben befragt wurde, befahl ihn jener Gedächtnisschwund, der als „Blackout“ zum Synonym für unverfrorenes Täuschen wurde.

Das heimische Beziehungsgeflecht entfaltete Kohl auch jenseits der Partei. So finden sich inzwischen ungewöhnlich viele Spuren nach Liechtenstein und in die Schweiz. Nicht nur Kohl-Freund Röllner von der Dresdner Bank, die auch beim mysteriösen Verkauf des DDR-Kombinats Leuna an den französischen Multi Elf mitwirkte, unterhielt dort die Stiftung Gallumena für einen, wie er behauptet, Dritten.

Kohls und Kieps williger Helfer Uwe Lüthje hatte dort bis 1992 Gelder in der Stiftung „Tenira“ deponiert. Einer der



Wahlkämpfer Rühle, Kohl: „Ihr wart doch froh“

Sie lungern vor meinem Büro herum und schnüffeln.“ Zornesrot spricht er von „Methoden wie in einer Diktatur. Ich Sorge dafür, dass das ein Ende hat“.

Dienstag: Das Unions-Fraktionsgebäude darf heute nur mit Einladung betreten werden. Kohl fährt um zehn Uhr vor der CDU-Parteizentrale in der Mauerstraße vor. 20 Kamerateams versperren den Weg. Kohl stampft den Fußweg entlang, reißt Zierbäume und geparkte Fahrräder mit: „Ich fühle mich überhaupt nicht unter Druck“, sagt er und meckert über Journalisten: „Wie die ersten Menschen.“

Drei Stunden später: Im überdachten Innenhof der Parteizentrale verliert der CDU-Ehrenvorsitzende seine Erklärung, schüttelt Schäuble und Merkel die Hand und fliegt zum schleswig-holsteinischen Wahlkampf nach Lübeck. Gemeinsam mit Spitzenkandidat Volker Rühle lässt er im Café „Niederegger“ Marzipantorte servieren. Ein



Wahlkämpfer Kohl (1998): *Das Lebenswerk und die Partei zerstört*

REUTERS

Rechtsnachfolger war Lühje-Sohn Thomas, der bei der Hauck-Bank arbeitete – jenem Institut, bei dem Weyrauch die geheimen CDU-Konten führte.

Und noch eine Gemeinsamkeit macht stutzig: Treuhänder beider Stiftungen ist die Branchengröße Herbert Batliner. Er nennt Kohl gern seinen Freund, traf ihn im Urlaub am Wolfgangsee. Die beiden setzten 1993 zwölf Flaschen „edlen deutschen Weines oder nach freier Wahl gleiches Quantum Champagner“ um den EU-Beitritt Liechtensteins in diesem Jahrhundert. Kohl verlor nicht nur seine Geheimkonten, sondern auch die Wette – er muss am 2. Januar 2000 den Rebsaft abliefern.

Schäuble hält es für „ziemlich ausgeschlossen, dass Kohl selbst Konten in der Schweiz unterhalten hat“. Auch die erste Durchsicht der jetzt von Weyrauch bei der

„Die Frage, die alle bewegt, geht an Schäuble und lautet: Was hast du gewusst?“

Partei abgelieferten Geheimunterlagen habe „keine Hinweise ergeben, dass es Konten der CDU in der Schweiz gibt oder gab“.

Doch was ist noch ausgeschlossen in dieser Affäre? Auch die neue Garde der Christdemokraten ist plötzlich von Zaudern und Zögern befallen. Würde zunächst „rückhaltlose Aufklärung“ versprochen, so werden jetzt Einschränkungen gemacht. Natürlich würden nur Vorwürfe untersucht, nicht etwa das generelle Finanzgebahren der CDU. Vor der Fraktion machte der Parteichef bereits deutlich, dass es enge

Grenzen bei der Aufklärung gebe: Spenden, die nicht veröffentlichungspflichtig seien, würden auch nicht veröffentlicht.

Ungewöhnlich ist auch, was bei der CDU als „unabhängig“ gilt. Wenn Schäuble und Merkel über die Wirtschaftsprüfer reden, die derzeit in einem abgeschlossenen Raum im Bonner Konrad-Adenauer-Haus die Weyrauch-Akten prüfen, gehört dieses Adjektiv zum Standardrepertoire.

Doch die Gesellschaft Ernst & Young, die Licht in die Sache mit den schwarzen Konten bringen soll, ist den Christdemokraten keineswegs fremd. Der Kölner Wirtschaftsprüfer Erwin Pougin, dessen Unterschrift bis 1997 unter allen Rechenschaftsberichten der Partei steht, leitet seit 1996 die Kölner Filiale von Ernst & Young. Dass nun ausgerechnet die Kanzlei des Mannes, der bis vor drei Jahren die CDU-Financen prüfte, Klarheit in Kohls System bringen soll, findet SPD-Schatzmeisterin Inge Wetzig-Danielmeier „fragwürdig“.

Pougin, der seit 1985 auch die Finanzen des Vatikans in Ordnung bringt, soll auf Kohls Beichte äußerst verärgert reagiert haben. Er sei bisher von der Richtigkeit der CDU-Angaben überzeugt gewesen.

Noch etwas dürfte die Unruhe der um ihre Existenz fürchtenden Christdemokraten verstärken. Kiep hat vor der Staatsanwaltschaft ausgesagt, heißt es in der bayerischen Justiz, die CDU habe ihm seinerzeit in der Flick-Affäre alle Anwaltskosten ersetzt. Das habe er selbst unter vier Augen mit Kohl ausgehandelt. Nach Angaben aus der CDU waren das über eine Million Mark.

Dass er 1992 aus dem dunklen Topf mit der Schreiber-Million die verdienten Mit-

arbeiter Lühje und Weyrauch honoriert habe, sei jedoch nicht mit Kohl abgesprochen gewesen. Dagegen gehe er davon aus, soll Kiep zu Protokoll gegeben haben, dass seine Nachfolgerin Brigitte Baumeister über diese Zahlungen Bescheid gewusst habe. Schließlich habe er ihr ja den Schriftwechsel mit den beiden über das Sonderhonorar hinterlassen.

Als bald müssen sich auch andere Parteigrößen auf drängende Nachforschungen einstellen. Ein ehemaliges CDU-Präsidiumsmitglied erklärte nach den Weiterungen am vergangenen Freitag: „Die Frage, die alle bewegt, geht an Schäuble und lautet: Was hast du gewusst?“. Da dies ganz sicher im Untersuchungsausschuss gefragt werde, müsse die Verwicklung des heutigen CDU-Chefs vorher in der Partei geklärt werden. Es sei nicht glaubhaft, dass Schäuble als enger Vertrauter Kohls nichts gewusst habe. Gleiches gelte für andere der wichtigsten Kohl-Helfer wie Friedrich Bohl, Rudolf Seiters und Anton Pfeifer.

Einen der letzten Kohl-Getreuen im Adenauer-Haus erwischte es bereits: Hauptabteilungsleiter Hans Terlingen wurde von Schäuble entlassen, weil seine Abteilung jahrelang von der umstrittenen Kontenwirtschaft gewußt haben soll.

Da konnte der Trost des Patriarchen nicht helfen. Die Sozialdemokraten, erklärte Kohl im kleinen Kreis den zagenden Vertrauten, würden schon nicht so giftig fragen, „die haben das doch auch gemacht“.

TINA HILDEBRANDT, DIRK KOCH, WOLFGANG KRACH, FELIX KURZ, HARTMUT PALMER, HEINER SCHIMMÖLLER, BARBARA SCHMID, HAJO SCHUMACHER